



Grüne Kraft voraus!

Halbzeit: Zwei Jahre im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

etwas überrascht war ich schon, als mich ein Journalist auf die Anzahl meiner parlamentarischen Initiativen ansprach: Ich sei mit über 260 Kleinen Anfragen die drittneugierigste Abgeordnete im Bundestag und hätte auch mit Gesetzentwürfen, Anträgen und Reden alle anderen Abgeordneten aus meinem Wahlkreis Pinneberg hinter mir gelassen. Für mich geht es darum, die Fragen und Sorgen der Menschen aufzugreifen und nicht nur die Regierung zu kritisieren oder Bürgerinnen und Bürgern alles Mögliche zu versprechen. Ich will Lösungen und Konzepte, bevor Grüne Verantwortung übernehmen.

Natürlich stammen nicht alle Anträge und Anfragen nur aus meiner Feder. Oft unterstütze ich Initiativen und ergänze aus meiner fachlichen Sicht. Dennoch zeigt die große Anzahl, wie vielfältig ich an Themen dran bin – Verkehrspolitik betrifft viele Menschen. Mit etwa 12 Milliarden € ist der Verkehrsetat der größte Investitionsposten und damit auch das Schlüsselministerium für den Klimaschutz. Bisher werden jedoch die Chancen für nachhaltige Politik zu wenig erkannt – sondern vor allem die Möglichkeiten genutzt, die eigenen Wahlkreise mit Großprojekten zu beglücken. Die Wunschlisten für Bauprojekte sind um ein Vielfaches größer als die vorhandenen Mittel. Mit der Schuldenbremse werden sie kaum umzusetzen sein. Deswegen müssen wir alles daran setzen, unsinnige Infrastrukturprojekte zu stoppen.

Die Finanz- und Schuldenkrise zwingt zum Politikwechsel: Die letzten Jahrzehnte haben wir auf Kosten der Zukunft gelebt und uns nicht vorstellen können, dass ein Staat pleite gehen kann. Diese Gewissheit gibt es heute nicht mehr. Zum einen müssen wir deswegen als Teil Europas enger zusammen rücken und mit dem

Europäischen Stabilitätsmechanismus unsere Volkswirtschaften und den Euro vor Spekulanten schützen. Zum anderen müssen wir aber auch unsere Ausgaben ändern. Wir müssen die Kosten senken und dort investieren, wo wir es als schrumpfende Gesellschaft auch in 30 Jahren noch brauchen werden. Anstelle von Neubauten ist die Pflege des Bestandes vorrangig. Ein großer Teil unserer Infrastruktur, der alt, überholt oder zu klein erscheint, kann mit geringem Mitteleinsatz für die Zukunft fit gemacht werden. Recycling muss es nicht nur für Plastikflaschen geben, sondern kann genau so auch für stillgelegte Bahnanlagen gelten.

Herzlich, Ihre



Hinweis:

Diese kleinen Kästchen sind sogenannte QR-Codes. Wenn Sie die mit einem Smartphone scannen (oder mit der Maus darüber fahren), bekommen Sie zusätzliche Informationen.



Foto: Stefan Kaminski

Auf dem richtigen Gleis

Valerie Wilms ist jetzt Sprecherin für Bahnpolitik – einem Schlüssel zum modernen Verkehr.

Der Schienenverkehr ist einer der entscheidenden Schlüssel für die zukunftsfähige und umweltfreundliche Mobilität. Ich freue mich, hieran mitwirken und etwas aus meinem früheren Beruf als Ingenieurin bei der BG Bahnen einbringen zu können.

Für die grüne Fraktion verantworte ich jetzt auch die Bereiche Güterverkehr und Logistik sowie Elektromobilität. Natürlich werde ich auch alle maritimen Themen wie Schifffahrt, Häfen, Seesicherheit und Meeresschutz als Berichterstatteerin weiter bearbeiten.



Für saubere Schiffe

Noch immer fahren die meisten Fahrzeuge mit Raffinerieresten. Was muss hier passieren?

Schwefel und Stickoxide werden durch Schiffe freigesetzt, sind stark gesundheitsgefährdend und umweltschädlich. Sie verursachen damit Kosten von rund 60 Milliarden Euro – allein in der EU. Gegen heftigen Widerstand einiger Reeder wurden neue Grenzwerte eingeführt. Nun wird weiter gestritten, ob die Einführung nicht vielleicht doch etwas später kommen könnte. Für mich steht fest, dass die kurzfristigen Interessen einiger Weniger nicht im Vordergrund stehen dürfen. Das gilt auch für die Einbeziehung in den Klimaschutz.



Reedereien stark subventioniert

Deutsche Reeder verfügen über die drittgrößte Flotte der Welt. Sie schaffen Arbeit – aber sie kassieren dafür auch mit der Tonnagesteuer eine der größten Subventionen.

Auf Nachfrage hat die Bundesregierung erstmals die Höhe der Steuermindereinnahmen durch die sogenannte Tonnagesteuer geschätzt. Danach zahlten die Reeder von 2004 bis 2011 fast 5 Milliarden € weniger, als sie nach ihren tatsächlichen Einkünften bezahlen müssten. Die Reeder drohen trotzdem wegen gekürzter anderer



Beihilfen mit Ausflaggungen, da ein Schiff unter deutscher Flagge bis zu 500.000 € mehr kostet. Mit unserer Nachfrage werden die gewaltigen Vorteile der Reeder sehr deutlich. Grüne Forderung ist, das maritime Bündnis auf neue Grundlagen zu stellen. „Es fehlt eine Richtung wohin sich der maritime Sektor entwickeln soll“, sagt Valerie Wilms dazu. „Bundesregierung und Reeder müssen sich an Vereinbarungen halten. Darauf muss ein neues maritimes Bündnis ausgerichtet sein.“



Küstenwache kommt nicht

Protestschreiben häufen sich: Immer öfter fragen besorgte Kommunalpolitiker nach, was aus der versprochenen Küstenwache wird.

Jetzt wird zunehmend klar: Die Bundesregierung wird sich wohl nicht an den eigenen Koalitionsvertrag halten. Auf Nachfrage wurde deutlich, dass das Projekt im Hickhack zwischen Bundesministerien feststeckt. Keiner will Kompetenzen abgeben und die Bundesregierung scheint das Interesse verloren zu haben. Erst im nächsten Jahr will man sich verständigen – und bis zum Ende der Wahlperiode wird wohl kaum noch etwas passieren. Selbst eine kostensparende gemeinsame Beschaffung wird es nicht geben.



Gesundheit nach Kassenlage

Weniger Schienenlärm wird es vorerst nicht geben. Denn die Bundesregierung macht die Lärmreduzierung von der Haushaltslage abhängig.

Die DB Netz AG will zwar ab 2012 lärmabhängige Trassenpreise einführen, diese aber erst ab 2021 signifikant von der Lärmentwicklung abhängig machen. „Viele Lärmgeplagte werden enttäuscht sein, da so kaum mit einer möglichst schnellen und spürbaren Lösung des Problems zu rechnen ist“, sagt Valerie Wilms. „Gesundheitsschutz gibt es jetzt nach Kassenlage.“ Trotz gestiegener Lärmbelastung will die Bundesregierung zunächst auch keine ordnungspolitischen Instrumente nutzen, sie überlässt alle Maßnahmen nur der Deutschen Bahn AG.



Nachhaltigkeit: Bundesregierung hinkt Anspruch hinterher

Im Sommer 2011 rief Valerie Wilms auf, das Dialogangebot der Bundesregierung zu nutzen und sich an der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen.

Sie selbst kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung ihrem Anspruch nicht nachkommt. Freiwillige Verpflichtungen sind schön und gut, aber wirklich weiter bringen sie uns nicht. Wenn es darum geht, unsere Wirtschafts- und Produktionsweise nachhaltiger zu machen, sind verbindliche Standards nötig, die für alle Unternehmen gleichermaßen gelten. Das ist einer der grünen Kritikpunkte am Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie 2012. Wäre nicht Fukushima gewesen, würde die Regierung weiterhin an ihrer alten Atompolitik festhalten. Beim Thema Finanzmarktstabilität verpasst sie gerade die Chance für eine Regulierung. Was muss da erst noch passieren, um tätig zu werden? Es geht aber auch um die ausufernde Staatsverschuldung, um die Sicherung unserer Renten, um familienfreundliche Arbeitsplätze und vieles mehr.



Foto: C. Falk/pixelio.de



Wachstum = Lebensqualität?

Werden wir weiterhin Wachstum haben? Diese Frage wird derzeit oft gestellt.

Einige argumentieren, unsere Ressourcen sind nicht unendlich, also kann es auch kein unendliches Wachstum geben. Andere betrachten Wachstum als zwingend erforderlich, aber auf Basis regenerativer Ressourcen. In der seit Januar 2011 eingesetzten Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität beschäftigen wir uns mit solchen Fragen.

Wir brauchen eine Kombination aus beidem. Durch die fehlenden Ressourcen werden wir wieder zu lokalen Produktionskreisläufen zurückkommen, weil die Transportkosten massiv ansteigen werden. Zu mehr Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Kaskadennutzung gibt es dann keine Alternative.



Rio+20: Nachhaltigkeit global

Nicht erst 2012 werden die Weichen gestellt, wenn in Rio über die Agenda 21 beraten wird.

Schon seit geraumer Zeit laufen die Vorbereitungen in den einzelnen Nationen. Auch der Deutsche Bundestag hat sich mit den Themen beschäftigt, die in Rio auf der Tagesordnung stehen: Umweltverträgliches Wirtschaften, Armutsreduzierung und Global Governance im Bereich nachhaltiger Entwicklung.

Der Bundestag hat der Regierung für die internationalen Verhandlungen einen Forderungskatalog mitgegeben: Eine Roadmap für ein umweltverträgliches Wirtschaften auf den Weg bringen, die Entwicklungsländer dabei mitnehmen und eine globale Koordinierungsstelle schaffen. Bis zur Konferenz in Rio de Janeiro nächstes Jahr im Juni bleibt noch viel zu tun.



Wir brauchen den Euro

Viele fragen sich, wie lange das mit dem Euro noch gut geht. Die ehrliche Antwort ist: Niemand weiß es. Vermeintliche „Experten“ nutzen das aus und verunsichern die Menschen zusätzlich.

Klar ist dagegen, was passiert, wenn wir den Euro nicht schützen. Die Krise würde sich verschärfen. Ohne Hilfen aus dem Rettungsschirm würde ein kriselnder Euro-Staat keine bezahlbaren Kredite mehr bekommen. Die Folge wären ungeordnete Pleiten. Ganze Länder könnten im Chaos versinken und andere Länder mit sich reißen. Viele wollen nichts zu tun haben mit hohen Schulden in anderen Ländern. Die Antwort auf eine globalisierte Welt kann aber nicht die Renationalisierung oder gar die Wiedereinführung der Deutschen Mark sein. Damit würden sich deutsche Exporte massiv verteuern – und unsere Wirtschaft belasten. Viele Probleme sind noch ungelöst und die Krise ist nicht vorbei – ein großer Teil der Arbeit liegt noch vor uns.



Foto: Wilhelmine Wulff/pixelio.de



Rote Erde in Berlin

Helgoländer Erde ist jetzt auch in Berlin und gehört als Teil Deutschlands zu einem Kunstprojekt

Valerie Wilms brachte einen Sack Erde von der einzigen deutschen Hochseeinsel in die Hauptstadt, mit, um damit das Kunstprojekt „Der Bevölkerung“ im Lichthof des Reichstagsgebäudes zu komplettieren. Zusammen mit dem Bürgermeister Jörg Singer packte sie im August Sand und die typisch rote Erde ein. Mit einer Besuchergruppe wurde die Erde nach Berlin gebracht und hat ihren Platz jetzt zwischen vielen anderen Teilen Deutschlands. „Viel lieber hätte ich eine ordentliche Brise von Helgoland mitgenommen - die würde uns im Bundestag manchmal gut tun.“



Überwachung?

Eine Anfrage hat Klarheit zu den installierten Kameras im Haseldorfer Hafen gebracht.

Für Aufregung hatte die Entdeckung von vier Kameras gesorgt. Valerie Wilms hakte nach. Die Bundesregierung bestätigte nun, dass die Kameras Mitte April 2011 aufgestellt wurden und ausschließlich Informationen über die Störung von Brut- und Rastvögeln sammeln sollen. Grundsätzlich widersprochen wurde der Vermutung, die Überwachung solle langfristig auch zu Fahrverboten führen. „Bürger und kommunal Verantwortliche müssen zukünftig rechtzeitig informiert werden, wo und von wem Kameras in Ihrem Umfeld aufgestellt werden“, fordert Valerie Wilms.



Mit Valerie Wilms auf dem Grünen Sofa

Mit einer neuen Veranstaltungsreihe lädt Valerie Wilms ab sofort zu Gesprächen in entspannter Atmosphäre. Wechselnde Gäste werden darauf Platz nehmen und aktuelle Themen mit ihr diskutieren.

„Es soll kontrovers sein und nicht das, was manche als ‚klassisch Grün‘ bezeichnen würden“, sagt Valerie Wilms. „Ich will mit meinen Gästen und den Menschen ins Gespräch kommen und dazu lernen. Ich freue mich auf Widersprüche und neue Gedanken.“ Los ging es am 4. Oktober in Halstenbek-Krupunder mit Probst Thomas Drope. Valerie Wilms sprach mit ihm über Grüne und Glauben. „Die Diskussion war wirklich spannend“, bewertet sie den Auftakt.



Das nächste Grüne Sofa steht am 6. Dezember 2011 im Cafe Pino in der Bahnhofstraße 12 in Pinneberg. Dann will Valerie Wilms von Landrat Oliver Stolz wissen, ob die Landkreise eigentlich noch gebraucht werden. Als weitere Termine sind der 14. Februar und der 17. April vorgesehen.



Kontakt (V.i.S.d.P.):

Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Bahnpolitik
Berichterstatte für maritime Politik
Nachhaltigkeitsbeauftragte



Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227-71682
Fax: 030 - 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de
www.valerie-wilms.de
Twitter: WilmsVal

Wahlkreisbüro Pinneberg
Damm 48
25421 Pinneberg
Telefon: 04101 - 553985
Fax: 04101 - 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de
www.valerie-wilms.de



Foto: Stefan Kaminski